Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 243 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Montag, den 10. Dezember 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpfg. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Ein neuer Plan, die Reichseisenbahnen zu privatisieren, erregt lebhafte Aufmerksamkeit.

* Die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs nach der Schweiz über Offenburg steht unmittelbar bevor.

* Die französische Industriegesellschaft schloß nunmehr auch Abkommen ab mit den Firmen Klöckner, Mülheimer Bergwerksverein, Rombacher Hütte, Herkules und Klosterbusch.

* Bei den englischen Wahlen hat sich ein starker Rückgang der bisher herrschenden konservativen Mandate gezeigt, dem entsprechende Gewinne der Liberalen und der Arbeiterpartei entgegenstehen.

* Dem amerikanischen Senat ist ein Gesetzentwurf durch den Senator Lenroot unterbreitet worden, der 20 Millionen Dollar für das amerikanische Hilfswerk in Deutschland beantragt.

Die englischen Wahlen.

Wir Deutsche sind am Ausgang der englischen Wahlen, die am 6. Dezember stattfanden, nach zwei Richtungen hin interessiert, einmal nach der wirtschaftlichen, dann aber — vielleicht noch stärker — nach der politischen Seite hin. Das Schlagwort im Wahlkampf oder, vornehmer ausgedrückt, die Wahlparole war ja das für und wider den Schutzzoll. Englischem Parlamentsgebrauch gemäß hat man diese Frage nicht durch das alte Parlament entschieden, sondern das Volk befragt, obwohl dieses Parlament erst im Herbst vergangenen Jahres gewählt worden war. Diese Entscheidung scheint nun gegen den Schutzzoll ausgefallen zu sein; war es doch eine Frage, die aus den Zeiten der Anti-corn-law-ligue, der Antikornzolliga der 30er Jahre her immer wieder im englischen Volke wirklich tiefgehende Differenzen aufzeigte, Differenzen, die übrigens die eigentliche Grundlage der beiden großen Parteien der Konservativen auf der einen, der Liberalen auf der anderen Seite darstellen. Offenbar hofft man in der englischen Bevölkerung, von der immer noch weit über 1 Million arbeitslos ist, mehr von einem Festhalten oder einer Wiederherstellung des Freihandels als von einer Ausgestaltung des schon in die Wege geleiteten Schutzzollsystems, das Baldwin und seine Partei zur Wahlplattform gemacht hatte.

Eine durch die Wahlen etwa verursachte Ablehnung einer solchen Schutzzollpolitik könnte für uns Deutsche jedenfalls wirtschaftlich nicht von Schaden sein, besonders da gerade die Konservativen die Hauptträger der Antiunterbietungspolitik sind und eifern an dem Recovery-Act festhalten, wonach seit dem 10. Mai 1921 die gesamte deutsche Einfuhr in England mit einem Zoll von 26 Prozent des Wertes belegt und die Summe dem Reparationskonto Deutschlands gutgeschrieben wird. Da unsere Regierung sich nun aber geweigert hat, den deutschen Exporteuren diesen Einfuhrzoll zu ersetzen — wir haben ja alle Leistungen aus dem Versailler Friedensvertrag zu zahlen abgelehnt —, so ist zurzeit unser Handel mit England tatsächlich völlig brachgelegt. Mit Baldwin sicherlich nicht, möglicherweise aber mit einer liberalen Regierung wäre wohl eine neue Vereinbarung möglich, da wir ja auch nichts kaufen können, wenn wir nichts verkaufen.

Das berührt schon die zweite, wichtigere Folge der englischen Wahlen: die politische. Man soll nicht etwa glauben, daß die Reparationsfrage im Wahlkampf eine übermäßige Rolle gespielt hat, und will man das Wahlresultat politisch kennzeichnen, so ist doch hier wohl mehr die allgemeine Unzufriedenheit die Ursache dafür, daß sich die Erfolge der Opposition häufen. Der Engländer geht nämlich wirklich zur Opposition, wenn ihm die Politik der Regierung nicht gefällt.

Möglicherweise wird sich aus den Wahlresultaten ergeben, daß in England keine Partei über die absolute Mehrheit im Parlament verfügt, auch die Konservativen nicht mehr. Gerade aber in England ist das Gefühl für die Staatsnotwendigkeiten so stark, daß eine Regierung sich sehr bald bilden wird, die auf die Parteigrenzen nicht angewiesen ist, sondern — wie unter Lloyd George — den rechten Flügel der Liberalen und den linken der Konservativen umfaßt. Außenpolitisch sind Differenzen kaum vorhanden, wenn man den rechten Flügel der Konservativen, die „Diehards" draußen läßt und in der Frage, ob Schutzzoll oder nicht, werden sich die Konservativen angesichts des Gesamtresultats der Wahlen ohne weiteres beugen. Nach der anderen Richtung hin, also eine Kombination von Liberalen und Arbeiterpartei vielleicht unter der Führung von Asquith ist eine Entwicklung natürlich auch möglich, da die englische Arbeiterpartei sich seit jeher mit wirtschaftlichen als mit politischen Dingen beschäftigt.

Und Asquith ist zurzeit jedenfalls die prominenteste politische Persönlichkeit Englands, trägt nicht die politische Belastung einer langen Vergangenheit wie Lloyd George, hat sich auch nicht in eine so anti-französische Stellung hineingearbeitet wie der temperamentvolle Waliser.

Und das ist für die nähere Zukunft von großer Wichtigkeit; denn in Paris wird man sich alles andere als freuen über diesen Wahlausgang, den Poincaré höchstpersönlich zu beeinflussen versuchte. Angesichts der französischen Absichten, das englische Kapital in das besetzte Gebiet hineinzuziehen, kommt überhaupt das gesamte Verhältnis zwischen England und Frankreich als die deutsche Lebensfrage in Betracht. Erschwert worden ist durch den Ausgang der Wahlen unsere gesamtpolitische Lage jedenfalls nicht; ob aber aus diesem Ausgang für uns eine Erleichterung folgen wird, das ist überhaupt nicht von Worten, sondern nur von Taten abhängig.

*

Niederlage der Konservativen.

Die Ergebnisse aus mehr als zwei Dritteln der gesamten Wahlkreise zeigen einen überwältigenden Sieg der Liberalen auf Kosten der Konservativen, auch die Arbeiterpartei hat erheblichen Zuwachs zu verzeichnen. Die Ergebnisse in den großen Industrie-Wahlkreisen in Yorkshire und Lancastershire erhellen, daß die dortige Bevölkerung fast durchweg Gegnerin des Schutzzollprogramms der Regierung Baldwins ist, was auch von Englands größter Hafenstandt, Liverpool, gesagt werden kann. Bis Freitag mittag wurden folgende Ergebnisse der Wahlen bekannt: 111 Konservative, 62 Liberale, 86 Arbeiterpartei, 7 von anderen Parteien. Die Konservativen hatten bis dahin 44 Sitze verloren.

*

Der Wahlausfall in England.

London, 7. Dezember.

Nach den bisherigen Resultaten würde bei Aufrechterhaltung der jetzigen Verhältnisse von Gewinn und Verlusten die Zahl der einzelnen Parteien im neuen Hause folgende sein: Konservative 230, Liberale 180, Arbeiterpartei 200. Man nimmt an, daß die weiteren Ergebnisse die Lage der Konservativen noch ein wenig verändern werden, doch gilt es für ausgeschlossen, daß die Konservativen eine absolute Mehrheit erreichen, und man rechnet deshalb mit dem Rücktritt des Kabinetts Baldwin. Da andererseits die Konservativen noch immer die stärkste Partei im Hause bleiben, würden sie wohl die neue Regierung bilden müssen, doch dürfte das wohl nur in einer Koalition mit den Liberalen möglich sein. Eine Koalition der Liberalen mit der Arbeiterpartei gilt als ausgeschlossen. Wahrscheinlich werden die Liberalen die einflußreichste Partei im neuen Hause werden, und man glaubt hier, daß Lloyd George die entscheidende Rolle spielen wird.

Pariser Blätter erklären sogar schon, daß ein Sturz Baldwins und der Wiederaufstieg Lloyd Georges zur Macht den Rücktritt Poincarés zur Folge haben müßte, da Lloyd George sich als einer der erbittertsten Feinde Poincarés erwiesen habe.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Ein neues Wahlgesetz.

Wie man aus dem Reichstag mitteilt, wird in parlamentarischen Kreisen beabsichtigt, dem Reichstag alsbald, jedenfalls vor den kommenden Neuwahlen, ein neues Wahlgesetz zu unterbreiten. Es handelt sich dabei vorwiegend um wahltechnische Fragen. Insbesondere spielt die Abkürzung der Wahlfrist eine entscheidende Rolle, da wir unter den heutigen Verhältnissen monatelange Wahlkämpfe mit all ihrer Zerrüttung, vor allem aber im Hinblick auf ihre schweren Rückwirkungen auf die gesamte politische und wirtschaftliche Stellung Deutschlands nach innen und außen nicht werden ertragen können.

Reparationssachverständige erst nach Neujahr.

Der Brüsseler Berichterstatter des Pariser „Oeuvre" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die zwei Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission nicht vor dem 1. Januar zusammentreten werden. Die interalliierten Regierungen halten es für zwecklos, sie kurz vor Weihnachten einzuberufen, da die Delegierten in ihrer Arbeit durch die Feiertage unterbrochen werden würden.

Französischer Krieg gegen deutsche Kinder.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hatte vor einiger Zeit beschlossen, 500 unterernährte deutsche Kinder auf einige Wochen auf dem Lande bei Arbeiterfamilien unterzubringen und dazu bereits die nötigen Vorbereitungen getroffen. Die französische Regierung hat jetzt diese Hilfsaktion untersagt und die erforderlichen Einreisebewilligungen für die 500 deutschen Kinder verweigert. Pariser Blätter kündigen deshalb eine Interpellation in der Kammer an.

Deutsches Gold auf dem Wege nach Amerika.

Dem „Petit Parisien" wird mitgeteilt, daß im Rotterdamer Bahnhof ein Waggon aus Deutschland mit einer Ladung von Goldbarren eingelaufen sei. Die Goldbarren wiegen 4500 Kilogramm. Das Gold sei für Amerika bestimmt, wo es zur Abgeltung der deutschen Schulden Verwendung finden soll. Die Goldbarren wurden im Rotterdamer Bahnhof unter starker Bewachung gelassen und dann im Auto nach der Holland-Amerika-Linie transportiert, wo sie bis zu ihrer Versendung, die im Laufe dieser Woche erfolgt, einstweilen aufbewahrt bleiben. Ob das französische Blatt richtig berichtet, steht dahin.

Frankreich.

× **Fortschritt des französischen Aufbaus.** In einer amtlichen Verlautbarung über den Stand des Wiederaufbaus in den zerstörten Gebieten und die Kreditanforderungen im Haushalt 1924 heißt es, zurzeit seien von 22 900 vom Feind zerstörten und beschädigten Fabriken 20 000 wiederhergestellt. Es seien 2 912 000 Hektar zerstörten Bodens wieder angebaut, d. h. 88 % der zerstörten landwirtschaftlichen Fläche. Schließlich seien 598 000 Häuser wiederhergestellt. Allerdings seien 143 000 Häuser noch aufzubauen, aber schon jetzt besitze das Gebiet wieder seine normale Bevölkerung.

Großbritannien.

× **Interessanter englisch-französischer Streitfall wegen einer deutschen Zeche.** Die Zeche Mont Cenis in Herne in Westfalen ist mit Beginn der Ruhraktion an eine englische Gesellschaft verkauft worden, in deren Aufsichtsrat u. a. ein naher Verwandter des englischen Königs, der bekannte Bankier Schröder und ähnliche Persönlichkeiten sitzen. Trotz des Verkaufes haben die Franzosen auch auf der Zeche Mont Cenis große Bestände an Kohlen, Holz usw. beschlagnahmt. Die englische Gesellschaft bestreitet die Zulässigkeit dieses Vorgehens und hat aus diesem Grunde gegen die französische Industriegesellschaft vor einiger Zeit einen Schadenersatzprozeß in Höhe von rund 85 000 englischen Pfund eingeleitet. Die Klage wird wahrscheinlich schon demnächst zur Verhandlung kommen; es wird in ihr auch die Legalität des französischen Einmarsches zur Erörterung gelangen.

Nordamerika.

× **Präsidentenbotschaft an den Kongreß.** Präsident Coolidge erließ eine Botschaft an den Kongreß, in der er die Schaffung eines Weltschiedsgerichtshofes, der von Amerika gewünscht werde, anregt. Die Schulden an die Alliierten könnten nicht gestrichen werden. Amerika habe ein direktes Interesse an der wirtschaftlichen Erholung Europas. Wir haben unseren Wunsch immer wiederholt, daß Frankreich bezahlt werde und Deutschland wiederaufblebe.

Aus In- und Ausland.

Berlin. An die Stelle des durch Mandatsverzicht aus dem Reichstage ausgeschiedenen Abgeordneten Seemann tritt der Gewerkschaftsbeamte Hermann Schulz (V. S. P. D.), Königsberg i. Pr., in den Reichstag ein.

Dresden. Wie das Wehrkreiskommando mitteilt, ist das Material zur Verfolgung der durch den kommunistischen Abgeordneten Siewert und anderer gegen die Reichswehr erhobenen Anklagen der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Dresden. Der vor einiger Zeit festgenommene Erwerbslosenführer Karl Bollmann sollte zwecks näherer Feststellungen nach seiner Wohnung geführt werden. Es gelang ihm aber, seinem Transporteur zu entweichen. Der Aufenthalt Bollmanns ist unbekannt.

Paris. Das Wahlreformgesetz wurde unter einer Vertrauenserklärung für Poincaré angenommen.

Haag. Nach einer amtlichen Meldung wurde von beteiligter Seite der Königin mitgeteilt, daß man es für unmöglich befunden habe, die Kabinettsbildung zu vollziehen. Die seit mehr als einem Monat andauernde Ministerkrise bleibt infolgedessen ungelöst.

Die bevorstehende Reichstagsentscheidung

Auflösung oder Ermächtigungsgesetz?

Berlin, 7. Dezember.

Der unerwartete Ausgang der gestrigen Reichstagssitzung hat die Lage einstweilen vollständig unklar gelassen. Wird morgen ein mit Zweidrittelanwesenheit beschlußfähiges Haus vorhanden sein oder nicht? Im ersten Falle natürlich Annahme des Ermächtigungsgesetzes, im anderen Auflösung — etwas anderes gibt es jetzt wohl nicht mehr.

Die Mittelparteien und die Sozialdemokraten haben ihre von Berlin abwesenden Fraktionsmitglieder telegraphisch aufgefordert, unter allen Umständen nach Berlin zu kommen und an der Abstimmung teilzunehmen. Man erwartet, daß von den 97 Abgeordneten, die am Donnerstag gefehlt haben, mindestens die Hälfte am Sonnabend zur Stelle sein wird. Am Donnerstag hatten sich außerdem etwa 20 sozialdemokratische Abgeordnete vor der Abstimmung aus dem Saal entfernt, da bekanntlich in der sozialdemokratischen Fraktion Meinungen für und gegen das Ermächtigungsgesetz vorhanden sind. Am Dienstag hatte die sozialdemokratische Fraktion deshalb die Freigabe der Abstimmung insofern beschlossen, als den Mitgliedern, die gegen das Ermächtigungsgesetz waren, freigestellt wurde, an der Abstimmung nicht teilzunehmen. Da aber durch diesen Beschluß die parlamentarische Durchbringung des Ermächtigungsgesetzes gefährdet wird, ist die Fraktion gestern zu einem anderen Beschluß gekommen, nämlich den, Fraktionszwang zu üben. Dieser Beschluß lautet: „Die Mitglieder der Fraktion sind nur dann berechtigt, sich aus Gewissensgründen einer von der Fraktion beschlossenen Abstimmung unauffällig fernzuhalten, wenn nicht durch diese Fernhaltung die Abstimmung der Fraktion in ihrem Erfolg beeinträchtigt wird."

Das bedeutet, daß nunmehr auch die Gegner des Ermächtigungsgesetzes innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion gehalten sein werden, am Sonnabend an der Gesamtabstimmung teilzunehmen. Der sozialdemokratische Abg. Hoffmann ist aus der Fraktion ausgeschlossen worden, weil er gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat. Was die Deutschnationalen tun werden, darüber ist nichts bekannt — man muß also den morgigen Tag abwarten.

Preußischer Landtag.

(284. Sitzung.) tt. Berlin, 7. Dezember.

Der Landtag führte auch heute die Aussprache über die Notlage des Volkes fort. Zu Beginn der Sitzung nahm

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff

das Wort. Er gab nach längeren politischen Ausführungen, u. a. über die Schuld am verlorenen Kriege, eine zahlenmäßige Darstellung der letzten Ernte. Im ganzen ergebe sich ein günstiges Bild gegenüber dem Vorjahre. Der Viehstand habe freilich noch immer nicht den Friedensstand erreicht; die Milchversorgung werde hoffentlich zunehmen, wenn mehr Futtermittel zur Verfügung stehen. Der preußische Staat tue alles, um nach seinen Kräften der allgemeinen Not zu steuern. Auf charitativem Gebiete habe der Aufruf des Staatsministeriums zur Hilfe in allen Kreisen der Bevölkerung lebhaftesten Anklang gefunden. Wir müßten aber mit aller Entschiedenheit der im Auslande verbreiteten Behauptung widersprechen, daß Preußen-Deutschland oder die deutsche Landwirtschaft bei gutem Willen allein aus eigener Kraft die Bevölkerung ernähren könnte. Schon vor dem Kriege war das nicht der Fall; jetzt entbehrten wir noch obendrein die besten Überschußgebiete bei größerer Bevölkerungsdichtigkeit. Wir brauchen einen großen Kredit, wir brauchen auch die Liebestätigkeit des Auslandes für unsere Hungernden, vor allem für unsere hungernden Kinder.

Nach weiteren Erörterungen über die Not des Volkes, an denen sich Abgeordnete aller Parteien beteiligten, vertagte sich das Haus auf Mittwoch, den 12. Dezember.

Eisenbahn-Betriebsgesellschaft?

Die Privatisierung der deutschen Bahnen.

Soeben gelangen Mitteilungen an die Öffentlichkeit über den schon mehrfach besprochenen, jetzt wieder neuerdings von verschiedenen Seiten betriebenen **Übergang der deutschen Reichseisenbahnen in private Verwaltung.** In einer Konferenz mit den Großbanken wurde das Projekt im einzelnen erörtert, und der **Reichsverband der deutschen Industrie** hat sich Donnerstag damit beschäftigt. Unter Berufung auf die finanzielle Lage der Reichsbahnen soll der große Reichsbesitz zum Zweck der Sanierung in die geplante private Eisenbahnbetriebsgesellschaft eingebracht werden. Mehrere große Industriekreise — es werden die Namen Stinnes, Klöckner, Vögler u. a. genannt — sollen bereits einen fertig ausgearbeiteten Plan vorgelegt haben. Auch französisches Kapital soll zu dem deutschen treten, das Forderungen an die Reichsbahn hat. Der Grundgedanke des Planes ist: Mit Rücksicht auf die **schlechte finanzielle Lage der Reichsbahnen** sollen die Bahnen in eine **private Eisenbahn-Betriebsgesellschaft** eingebracht werden, wogegen das Reich von den augenblicklichen Verbindlichkeiten aus dem Eisenbahnbetrieb befreit wird, gleichzeitig aber das Besitzrecht verlieren würde.

Verschmelzung der Industrieverbände.

Durchführung im Januar.

Dr.-Ing. Kurt Sorge, Mitglied des Direktoriums der Firma Krupp, der bisher in seiner Person den Vorsitz des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vereinigte, hat den Vorsitz der Vereinigung mit Wirkung vom 1. Januar kommenden Jahres ab niedergelegt.

Der Entschluß Dr. Sorges dürfte mit den Erörterungen über eine Neuorganisation der gesamten industriellen Interessenvertretungen zusammenhängen, die auf eine Verschmelzung der beiden Spitzenorganisationen abzielen. Dr. Sorge wird wahrscheinlich auch den Vorsitz im Reichsverband der Industrie niederlegen. Die Verschmelzung der Verbände ist im Monat Januar geplant.

Rentenmarkkredit für Privatwirtschaft.

Der Vertrag unterzeichnet.

Das Abkommen der deutschen Rentenbank mit der Reichsbank über Rentenmarkkredite, welche die deutsche Wirtschaft durch Vermittlung der Reichsbank erhalten soll, ist unterzeichnet.

Die Reichsbank wird bei Begebung der Rentenmarkkredite tunlichst gleichmäßig die Kreditbedürfnisse der Landwirtschaft und ihrer Gewerbe und der übrigen Erwerbsgruppen des Wirtschaftslebens berücksichtigen. 30 Prozent der von ihr berechneten Zinsen — zurzeit 10 Prozent — führt die Reichsbank an die Rentenbank in vierteljährlichen Abrechnungen ab. Die Rückzahlung kann seitens der Reichsbank in Rentenbankscheinen oder Rentenbriefen zum Nennwert erfolgen. Die Kredite werden jedoch als Lombarddarlehn mit Entwertungsklausel an die Privatwirtschaft weiter gewährt. Die Schuldner müssen mindestens den entliehenen Rentenmarkbetrag zurückzahlen. Alle Zahlungen für Zinsen und Entwertung sollen möglichst in Rentenmark und nur, soweit gesetzlich zugelassen, in Gold oder Devisen erfolgen. Der Lombardzinssatz für diese Kredite wird jeweils nach Anhörung der deutschen Rentenbank festgesetzt bzw. abgeändert.

Die deutsche Rentenbank verpflichtet sich, den Privatnotenbanken keine günstigeren Bedingungen als der Reichsbank zuzugestehen. Das Abkommen gilt zunächst bis 31. März 1924 und verlängert sich je um einen Monat bei einmonatiger Kündigungsfrist.

Steuerabzug vom Lohn und Gehalt.

Woche vom 9. bis 15. Dezember.

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt auch für die Zeit vom 9. bis 15. Dezember 1923 850 000. Bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem in der Zeit vom 9. bis 15. Dezember 1923 fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit 850 000 zu vervielfachen. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl 850 000 ergeben sich z. B. folgende

Wochenermäßigungen

für die Zeit vom	f. Steuerpflicht. und Ehefrau je Mark	für jedes minderjährige Kind Mark	f. Werbungskosten Mark
16.-30. 9. 23 (Grundzahl)	172800	1152000	1440000
2.-8. 12. 23 (850tausendf.)	146880000000	979200000000	1224000000000
9.-15. 12. 23 (850tausendf.)	146880000000	979200000000	1224000000000

Der im Wege des Steuerabzugs einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle zehn Milliarden Mark nach unten abzurunden.

Die Goldgehälter der Beamten.

Im Laufe des Dezember.

Die Verhandlungen der Regierung mit den Organisationen der Reichs- und Staatsbeamten über die Goldgehälter, die im Reichsfinanzministerium stattfanden, hatten, nach einer Berliner Mitteilung, folgendes Ergebnis: Mit Wirkung vom 1. Dezember ab werden folgende jährliche Gehälter eingeführt:

A. Aufsteigende Gehälter:

		Anfangsgehalt	Endgehalt
Gruppe 1	Schrankenwärter	606	810
„ 2	Postboten	666	888
„ 3	Schaffner	726	972
„ 4	Lokomotivführer	834	1110
„ 5	Zugführer	978	1302
„ 6	Sekretär	1152	1536
„ 7	Obersekretär	1380	1860
„ 8	Inspektor	1620	2160
„ 9	Oberinspektor	1890	2520
„ 10	Regierungsrat	2250	3000
„ 11	älterer Regierungsrat	2610	3480
„ 12	Oberregierungsrat	3360	4080
„ 13	Ministerialrat	3750	4950

B. Einzelgehälter.

Gruppe 1	Reichsgerichtsrat	5 380
„ 2	Präsident	5 820
„ 3	Ministerialdirektor	6 690
„ 4	Botschafter	7 026
„ 5	Staatssekretär	9 000
„ 6	Minister	13 500
„ 7	Reichskanzler	15 000

Der Ortszuschlag in Ortsgruppe A beträgt: Bei einem Einkommen bis 726 Mark 120 Mark, bis 834 Mark 150 Mark, bis 978 Mark 180 Mark, bis 1200 Mark 210 Mark, bis 1890 Mark 260 Mark, bis 2970 Mark 270 Mark, über 2970 Mark 300 Mark. Die Frauenzulage beträgt 84 Mark im Jahre, die Kinderzulage beträgt bei einem Kinde vom 1. bis 6. Lebensjahre 132 Mark, vom 7. bis 14. Lebensjahre 150 Mark und vom 15. bis 21. Lebensjahre 186 Mark.

Die Regierung ist etwas über ihren ursprünglichen Vorschlag hinausgegangen, und die Organisationen sollen darauf eingegangen sein, mit Rücksicht auf den augenblicklich so ungünstigen Stand der Reichsfinanzen. Die Beamten würden also ungefähr 50 % ihres Friedensgehalts bekommen, wozu allerdings noch die in Anschlag zu bringende Pension und lebenslängliche Anstellung kommt.

Am 10. Dezember sollen die Beamten zum letztenmal eine Auszahlung auf Grund des bisherigen Meß-Ziffer-Systems erhalten, und zwar an diesem Tage als Restzahlung für die erste Hälfte das 25billionenfache ihrer bisherigen Grundgehälter, Ortszulage und Sonderzuschläge. Die Regierung habe den Wunsch, daß diese Zahlung schon im Laufe dieser Woche zur Auszahlung kommen möge, abgelehnt. Am 17. Dezember werde den Beamten unter Anrechnung der am 30. November und am 10. Dezember erfolgten Zahlungen der Rest des neuen Goldgehalts für Dezember ausgezahlt.

Lokales und Provinzielles.

Soest, 10. Dezember 1923.

□ **Falsche Zwischenscheine zu Schatzanweisungen des Deutschen Reichs (sogenannte Goldanleihe).** Von den durch die Reichsbank ausgegebenen Zwischenscheinen zu Schatzanweisungen des Deutschen Reichs (Goldanleihe) zum Nennwert von 1,05 M. Gold = ¼ Dollar, vom 23. Oktober 1923, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen und in den im Papierstoff eingebetteten Pflanzenfasern tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Echtheitsmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenfasern —, sowie an der schlechten Druckausführung unschwer zu erkennen sind. Gleichzeitig wird auf den Umlauf verfälschter echter Zwischenscheine gleicher Schatzanweisungen zum Nennwert von 0,42 M. Gold = 1/10 Dollar vom 23. Oktober 1923 aufmerksam gemacht: hier ist die ursprüngliche Wertangabe durch geschickte Rasur in 42 M. = 10 Dollar geändert worden. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt.

Lüdenscheid, 8. Dez. Aus Anlaß des Rathenau-Mordes wurden, wie vielfach im Reiche, auch in Lüdenscheid Demonstrationszüge veranstaltet, die jedoch seinerzeit in eine Fahnenstürmerei ausarteten. Dabei wurde dem hiesigen Artillerieverein seine wertvolle Fahne weggenommen und verbrannt. Als Urheber dieser Tat wurde ein hiesiger Gewerkschaftsführer vom Artillerieverein im Wege der Privatklage dazu angehalten, Ersatz für die Fahne zu leisten. Diese Klage ist nun vom Landgericht Hagen dahin entschieden worden, daß der Gewerkschaftsführer zum Ersatz der Fahne verurteilt wurde.

Lüdenscheid, 7. Dez. Der Metallarbeiterstreik am Ende? Wie wir hören, haben die Verhandlungen zwischen den Parteien zu einem Ergebnis geführt, sodaß begründete Aussicht besteht, daß die Arbeit Montag wieder aufgenommen wird.

Schwerte, 7. Dez. Die Kohlenknappheit und der ungewöhnlich hohe Preis für die schwarzen Diamanten hat manchen verlassenen alten Kohlenpütt wieder zu neuem Leben erweckt. Vor einigen Jahren wurde die Zeche „Bickefeld" bei Hörde stillgelegt, da sich bei den veralteten Einrichtungen der Zeche der Betrieb nicht mehr lohnte. Die zahlreichen Bergleute fanden leicht lohnende Arbeit auf den benachbarten Zechen, und die Kohlenfelder wurden von der Gewerkschaft „Admiral" in Wellinghofen, die in stetigem Aufblühen begriffen ist, erworben. Einige dieser Kohlenfelder ziehen sich bis dicht vor den Schwerter Wald hin, und auf diesen Feldern ist nun in den letzten Wochen ein regelrechter Bergwerksbetrieb eröffnet worden, der vor allen Dingen in der Nähe des Hochbassins des Dortmunder Wasserwerks unweit Gockel einen großen Umfang angenommen hat. Nicht weniger als 28 „Schächte" in größerer oder geringerer Tiefe sind auf der Grube, die der Volksmund „Zeche Stresemann" getauft hat, angelegt; an einigen Stellen ist man bereits bis auf eine Tiefe von 50 Metern vorgedrungen. Eine große Schar „Bergleute", gelernte und ungelernte, junge und alte, große und kleine, sind eifrig tätig, mit den bescheidensten Mitteln die wertvollen Schätze der Erde zu entreißen und sie der frierenden Menschheit zuzuführen. Auf allen Wegen und Stegen in stundenweitem Umkreis begegnen dem Spaziergänger alle möglichen und unmöglichen Fuhrwerke, beladen mit „Stresemann"-Kohlen, mit denen von den geschäftstüchtigen Unternehmern bereits ein sehr schwunghafter Handel getrieben wird. Leider sind bei dem neuen Bergwerksbetrieb bereits zwei junge Leute infolge Zubruchgehens der Strecke zu Tode gekommen, so daß erfahrene fachkundige Bergleute jetzt eine gewisse Leitung der Förderung übernommen haben und für den Ausbau der Strecke sorgen.

Dortmund, 7. Dez. Auf den Zechen Kaiserstuhl 1 und 2, Hansa, Schleswig-Holstein und Hermann ist die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Die Zeche Schürbank und Charlottenburg sowie Minister Stein arbeiten zur Hälfte. Die Zeche Tremonia hat in vier Revieren 350—400 Mann, und die Zeche Gneisenau in 2 Revieren 150 Mann angelegt.

Dortmund, 7. Dez. Aus der Sakristei der Gertrudiskirche wurden Taufkanne, Taufschale und Oelgefäß gestohlen. Die Diebe hausten wie die Vandalen. Das ist der fünfte Einbruch in die Kirche.

Wickede, 7. Dez. In dem Kasseler Personenzug wollte ein Beamter der grünen Polizei in der Nähe von Wickede das Gepäck der Reisenden in einem Abteil 4. Kl. revidieren. Hierbei wurde er von einem Reisenden, der, wie sich später ergab, bei Wickede eine Ziege, ein Oberbett und einen Anzug gestohlen hatte, so heftig vor den Leib getreten, daß der Beamte durch die nicht festverschlossene Tür aus dem fahrenden Zuge stürzte und mit schweren Kopfverletzungen auf dem Bahnkörper liegen blieb. Der Zug wurde zum Halten gebracht und der schwerverletzte Beamte und der Attentäter mit nach hier genommen; letzterer wurde ins Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Borken, 6. Dez. Als der Landwirt Hungerhoff aus Borkenwirthe mit seiner Familie nach Borken zur Kirche fahren wollte, geriet er bei der Kreuzung der Chaussee von Burlo mit der Strecke Borken—Bocholt mit seinem Wagen vor

---

„Flammen"

Roman von Hans Schulze.

21) Nachdruck verboten.

Dann folgte das angehende Brautpaar in etwas gemessener Haltung, Arm in Arm. Der junge Graf Eickstedt, eine lässig-vornehme, aristokratische Erscheinung, mit seiner sehnigen, hochgewachsenen Reiterfigur die schlanke Herta fast um Haupteslänge überragend.

Sein hübsches, offenes Gesicht strahlte, als er jetzt auf die Baronin zutrat, die in diesem Augenblick mit Alsleben und Dr. Reinwaldt gleichfalls auf der Veranda erschien.

„Ich hatte heute noch nicht das Glück, Sie begrüßen zu können, verehrte Frau Kusine," sagte er, sich tief über die ihm freundlich dargebotene Hand hinabneigend. „Und ich muß für mich und Herrn von Tettau vielmals um Entschuldigung bitten wegen unseres plötzlichen Ueberfalles!"

„Aber mein lieber Vetter, die Entschuldigung ist ganz an mir, daß ich meine Gäste solange habe warten lassen. Doch ich hatte mit Herrn von Alsleben, meinem neuen Administrator, noch einige unaufschiebbare wirtschaftliche Angelegenheiten zu erledigen. Darf ich die Herren miteinander bekannt machen — —"

Eine kurze Verbeugung, ein leises Sporenklingen, ein paar höfliche Worte.

Dann schob sich Fräulein Grigoleit in ihrer ganzen Massigkeit in den Ausschnitt der Verandatür und meldete, daß die Suppe angerichtet sei.

„Erwarten wir noch einen steinernen Gast?"

Mit einem fragenden Blick sah Graf Eickstädt über die blitzende Pracht der silbernen Blumenschalen, aus denen erlesene Rosen ihre dunklen Köpfe auf den Damast der Tafel neigten.

Ein Stuhl zwischen Alsleben und Dr. Reinwaldt war frei geblieben, gerade gegenüber von Herta, die heute mit dem Bräutigam die Ehrenplätze in der Mitte des mächtigen Tisches innehatte.

Trude Warkenthin, die ihm zur Linken saß, faltete ihre Serviette bedachtsam auseinander.

„Es kommt noch eine besondere Ueberraschung, Herr Graf" sagte sie mit ihrem harmlosesten Lächeln.

Und zu Dr. Reinwaldt gewandt, der mit gefurchter Stirn bereits an seiner Suppe löffelte, vollendete sie halblaut:

„Passen Sie auf, Doktor! Die Hansen setzt sich heut wieder einmal ganz besonders in Szene. Mit schwank als Rosenfee oder „Weiße Dame" 1. Akt, Großer Auftritt!"

Sie hatte kaum ausgesprochen, als sich die Tür des Musiksaales öffnete.

Die Kerzenflammen flackerten höher, und ein feiner Duft von Eau d'Espange wehte mit dem leisen Rauschen seidener Frauenkleider über die kleine Tafelrunde.

Unwillkürlich sah alles auf.

Hella war eingetreten und stand in dem ganzen sieghaften Zauber ihrer berückenden Erscheinung neben dem marmordunklen Barockkamin, dessen mächtige Kristallmuster in den schweren Goldwellen ihres Haares ein strahlendes Leuchten entzündeten.

Ein weißes Crepe de Chine-Kleid umfloß ihre schlanke Gestalt wie eine weiche, schmeichelnde Melodie.

Ein kostbarer Spitzenkragen schmiegte sich in schlichtester Anmut um den zarten Halsausschnitt.

Sonst kein anderer Schmuck, als an dem schmalen Seidengürtel ein Strauß langgestielter, frischer, roter Rosen.

Ihre großen, tiefen Augen blickten achtlos und stolz ins Leere, als sie jetzt mit einem unmerklichen Neigen des feinen Kopfes zum Stuhl der Baronin trat, die sie mit einem güglänzenden Lackschuhes zu erklettern.

„Ich freue mich sehr, liebes Kind, daß Sie sich doch noch entschlossen haben, sich heute an unserer kleinen Familienfeier zu beteiligen. —

Graf Eickstädt, der künftige Gatte meiner Schwester. — Herr Leutnant von Tettau. —

„Fräulein Hella Hansen, eine Freundin meines Hauses!"

Hella hatte mit der vollendeten Sicherheit der großen Dame zur Seite Alslebens Platz genommen und umfaßte mit einem rasch prüfenden Blick die Zusammensetzung der Tischgesellschaft.

Der vielgerühmte Spargelpudding Fräulein Grigoleits wurde in diesem Augenblick auf einer schweren Silberplatte herumgereicht, und die in der allgemeinen Unterhaltung eingetretene kurze Stille wich wieder einem langsam schwellenden Stimmengewirr.

Die Baronin hatte gleich nach der Suppe neben den übrigen Weinen Schaumweine geben lassen, und damit vor allem den Geschmack des kleinen Leutnants Tettau getroffen.

Sein knochiges Rennreitergesicht glühte bereits bis in den Schädel hinein, während er Trude mit überlauter Stimme eine abenteuerliche Geschichte von einer nächtlichen Parforcejagd erzählte, die erst bei Morgengrauen in einer ungeheuren Maiweinbowle geendet hatte.

In der Mitte der Tafel beherrschte Graf Eickstädt die Unterhaltung.

Er hatte etwas ungemein Liebenswürdiges in seinem ganzen Wesen, sei es, daß er Fräulein Grigoleit ein paar freundliche Worte über die künstlerische Höhe ihrer kulinarischen Leistungen sagte, oder Herrn von Alsleben in verbindlichster Form über eine landwirtschaftliche Kreisangelegenheit Auskunft gab.

Gegen Herta war er von vollendeter Aufmerksamkeit, und doch entging es der stillen Wachsamkeit Dr. Reinwaldts nicht, daß seine Blicke sich zuweilen verstohlen zu Hella verirrten, mit einem leise werbenden Augenaufschlag, der seine langen, dunklen Wimpern sehr vorteilhaft zur Geltung brachte.

Immer wieder fesselte ihn der wunderbare Zusammenklang in den Farben seines Gegenübers: das flimmernde Gold des Haares, das Türkisblau der Augen, das kecke Rot des üppigsüßen Mundes, aus dem zuweilen von den Zähnen ein weißes Blitzen aufschimmerte, wenn sie den schweren Römer mit dem bernsteingelben Steinberger Kabinett an die Lippen führte.

Und quälend bohrte sich der Gedanke in sein Hirn, wo er dieser prangenden jungen Schönheit schon einmal begegnet war, die ihm gleichsam geboren schien, für ein Dasein voll Glück und Rausch in der ganzen bunten Luxusphantastik der großen Welt, und die hier auf dem einsamen märkischen Gut in der Stellung einer bezahlten Gesellschafterin bescheiden dahinlebte.

Unterdes saß Herta, ein leichtes Kopfweh vorschützend, still seitab.

Mit dem sicheren Instinkte des liebenden Weibes hatte Herta vom ersten Augenblicke an empfunden, wie der Bräutigam von dem dämonischen Reiz getroffen worden war, der die schöne Feindin so seltsam verführerisch umwehte.

Das Herz krampfte sich ihr zusammen, daß sie selber Zeugin sein mußte, wie er sich allmählich häufiger mit dem Sektkelch zu Hella hinüberneigte und mit seinen heißen Blicken das dunkle Blau ihrer Märchenaugen suchte.

(Nachdruck folgt.)

darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsbank auf Papiermark lautendes Eisenbahnnotgeld in Zahlung nimmt und auch Zahlungen auf Girokonto von dritter Seite annimmt. Um den Zahlungsmittelumlauf flüssig zu halten, werden alle Empfänger dieses Eisenbahnnotgeldes dringend ersucht, es wieder in den Verkehr zu setzen, anstatt es zur Einlösung zu präsentieren. Die Einlösung wird seinerzeit planmäßig erfolgen. Die Reichsbank behandelt alles Notgeld nicht als Zahlmittel, sondern als Anleihewert. Diese Formalität ist es lediglich, die Anlaß zu unsinnigen Gerüchten, wie Ungültigkeit usw., gab.

Strafverfolgung des Abg. v. Graefe.

Berlin, 7. Dezember. Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beschäftigte sich heute mit dem Antrag des Oberreichsanwalts auf Genehmigung zur Strafverfolgung des deutschvölkischen Abgeordneten v. Graefe wegen Hochverrats. Der Ausschuß kam zu dem Beschluß, daß die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen sei.

Kommunistische Demonstrationen.

Berlin, 7. Dezember. Im Anschluß an die gestrigen kommunistischen Demonstrationen kam es noch zu größeren Aufläufen am Bahnhof Börse, auf dem Hackeschen Markt und in der Neuen Schönhauser Straße. Die Polizei zerstreute unter Anwendung von Gummiknüppeln und Seitengewehren die Ansammlungen. Eine Reihe von Personen wurde festgenommen. Im Besitz einiger der Sistierten fand man Waffen, sie behaupteten, daß diese Revolver gestern verteilt worden wären.

Zwangsmaßnahmen General Degouttes.

Düsseldorf, 7. Dezember. Eine sofort in Kraft tretende Sonderverfügung des Generals Degoutte handelt von der Sicherung der Zahlungen bei Abgaben, Taxen und Geldstrafen, die sich auf Zölle und auf das Ein- und Ausfuhrwesen beziehen. Nach Art. 1 können zur Sicherung der Zahlung im Falle von Übertretungen der von Zollverwaltungen, Ausfuhrämtern und der französischen Industrieverwaltung erlassenen Verordnungen alle zur Erhaltung der Gesamtheit der beweglichen und unbeweglichen Güter des Schuldners dienenden Maßnahmen getroffen werden. Art. 2 zeigt an, daß auf alles, was der Schuldner in irgendwelcher Eigenschaft besitzt, Beschlag gelegt sei. Zuwiderhandlungen werden mit Strafe bedroht.

Strafanträge im Bergdollprozeß.

Moosbach, 7. Dezember. Der Staatsanwalt beantragte für den amerikanischen Journalisten Griffith wegen Amtsanmaßung, Anstiftung zur Körperverletzung, Hausfriedensbruches und Nötigung drei Jahre Gefängnis, für den französischen Detektiv Sperber ebenfalls drei Jahre Gefängnis und zwar wegen Amtsanmaßung, Hausfriedensbruchs, versuchter Nötigung und erschwerter Körperverletzung. Bei dem russischen Fürsten Gagarin beantragte der Staatsanwalt wegen Beihilfe zur Amtsanmaßung, Beihilfe zum Hausfriedensbruch und Beihilfe zu schwerer Körperverletzung ein Jahr Gefängnis und bei dem amerikanischen Kraftwagenführer Nelson wegen Beihilfe sechs Monate Gefängnis.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Gescheitertes Abkommen über Arbeitszeit im Bergbau.) Für die Steinkohlenreviere Ober- und Niederschlesien, Sachsen, Ibbenbüren und Niedersachsen fanden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften über eine Steigerung der Arbeitsleistungen statt. Die Verhandlungen erstreckten sich auf die Frage einer Verlängerung der Arbeitszeit und auf einige Bestimmungen der Lohnordnungen. Da eine Verständigung hierüber in zweitägigen Verhandlungen nicht zu erreichen war, übernahm das Reichsarbeitsministerium die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens. Die Gewerkschaften lehnten es ab, sich an einem Schlichtungsverfahren über die Frage der Arbeitszeit zu beteiligen. Die Verhandlungen mußten daher abgebrochen werden.

Senftenberg. (Arbeitsaufnahme mit Vorkriegsarbeitszeit.) Nach einer Mitteilung des Niederlausitzer Bergbauvereins sind jetzt nahezu sämtliche Gruben des Niederlausitzer Braunkohlenbergbaues zur Vorkriegsarbeitszeit zurückgekehrt, so daß wieder in zwei Schichten von je zwölf Stunden, die Pausen abgerechnet, also mit zehnstündiger Arbeitszeit, gearbeitet wird.

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze	7. 12. gesucht	7. 12. angeb.	6. 12. gesucht	6. 12. angeb.
Holland 1 Guld.	1 596 000	1 604 000	1 596 000	1 604 000
Dänemark 1 Kr.	748 125	751 875	750 120	753 880
Schweden 1 Kr.	1 101 240	1 106 760	1 101 240	1 106 760
Norwegen 1 Kr.	626 425	631 575	626 425	631 575
Finnland Mark	103 740	104 260	103 740	104 260
Amerika 1 Doll.	**4189500**	**4210500**	**4189500**	**4210500**
England 1 Pfd.	18 254 250	18 345 750	18 354 000	18 446 000
Schweiz 1 Fr.	730 170	733 830	732 165	735 835
Frankreich 1 Fr.	223 440	224 560	227 430	228 570
Belgien 1 Fr.	193 515	194 485	195 510	196 490
Italien 1 Lira	181 545	182 455	181 545	182 455
Tschechien 1 Kr.	123 690	124 310	123 690	124 310
Österr. 1000 Kr.	59 850	60 150	59 850	60 150
Ungarn 1000 Kr.	223 440	224 560	219 450	220 550

Deutsche Werte am 7. Dezember.

Eine Rentenmark	1 Billion Papiermark
Dollarschatzanweisungen	—,—
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich	4200 Milliard. Papierm.
Ein Goldpfennig	10 „ „
Eine Goldmark	1000 „ „

* **Goldzinsen für die Preußischen wertbeständigen Anleihen.** Nach den Bedingungen der Preußischen Kaliwertanleihen und Roggenwertanleihen ist der Zinszahlung am 2. Januar für das zweite Halbjahr 1923 der amtliche Durchschnittspreis des Roggen- bzw. Kaliproduktes, auf denen diese Anleihen basiert sind, für die Monate Oktober und November d. J. zugrunde zu legen. Der seit Oktoberbeginn eingetretene weitgehende Marksturz entwertet diesen Durchschnittspreis jetzt auf nur wenige Goldpfennige. Die Preußische Finanzverwaltung hält es deshalb dem Ansehen des Preußischen Staates und dem Wesen einer wertbeständigen Anleihe für angemessen, ihren Anleihegläubigern am 2. Januar die Zinsen zu dem Durchschnittspreis des täglichen Goldwertes der beiden fraglichen Monate zu zahlen. Demgemäß legt die Preußische Finanzverwaltung der Zinszahlung am 2. Januar für 1 Zentner Roggenwertanleihe einen Goldwert von 7,75 Goldmark und für ein Doppelzentner Kaliwertanleihe einen Goldwert von 8,10 Goldmark zugrunde.

* **Produktenmarkt.** Berlin, 7. Dezember. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark: Weizen märkischer 182 bis 184. Fester. Roggen märkischer 161—162. Fester. Sommergerste 164—166. Ruhig. Hafer, märkischer 144—148. Matt. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 28—32,50. Ruhig. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sack 26,50—30. Ruhig. Weizenkleie frei Berlin 7—7,20. Still. Roggenkleie frei Berlin 7. Still. Raps 330. Still. Viktoriaerbsen 48—58, kleine Speiseerbsen 32—36, Peluschken 17—19, Seradella 20—23, Rapskuchen 13, Trockenschnitzel 7,50—7,75, vollw. Zuckerschnitzel 19, Kartoffelflocken 20—21.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,70—0,90, desgl. Haferstroh 0,60—0,80, desgl. Gerstenstroh 0,60—0,80, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,50—0,60, Häcksel 1,85, handelsübl. Heu 1,10—1,20, gutes Heu 1,30—1,50.

* Kartoffelnotierungen am 7. Dezember. (Amtlich.) Pro 50 Kilogramm Erzeugerpreise ab märk. Vollbahnstationen: Speisekartoffeln, weiße und rote, 2,10.

* **Die Herabsetzung der hohen Kohlenpreise.** Wegen Herabsetzung der Höchstpreise für Briketts und Koks durch Beseitigung des auch in diese Preise einkalkulierten Entwertungszuschlags finden zurzeit Verhandlungen statt. Der Kohlenhandel hat der erstrebten Herabsetzung der Preise widersprechen und in einer umfangreichen Denkschrift eine erhebliche Erhöhung der ihm bisher zugebilligten Unkosten- und Nutzspanne gefordert, wodurch der Wegfall des Entwertungszuschlages wieder ausgeglichen werden würde. Die Entscheidung der Frage ist für die nächsten Tage zu erwarten.

* **Verlängerung der Frist für Sachlieferungen.** Die in der Verordnung über Aussetzung der Zahlungen auf Sachlieferungen vom 29. Oktober 1923 vorgesehene Frist von fünf Wochen, binnen welcher das Reich von den Lieferungspflichtigen verlangen kann, daß die noch ausstehende Leistung ihm gegenüber bewirkt wird, erfährt durch eine in diesen Tagen erscheinende Nachtragsverordnung eine Verlängerung um weitere sechs Wochen. Die Frist endet also mit dem 20. Januar 1924.

* **Preisabbau für Textil- und Schuhwaren verlangt.** Die Berliner Preisprüfungsstelle erklärt, es sei unbedingt notwendig, die noch nicht geschehene Preisermäßigung für Textil- und Schuhwaren jetzt vorzunehmen, und zwar mindestens im Betrage von 20 %. Das Publikum wird ersucht, bei Zahlung in wertbeständigem Gelde Rabatt nicht zu verlangen, vielmehr auf entsprechende Herabsetzung der Goldgrundpreise zu achten, und gegebenenfalls durch Anzeige bei der Preisprüfungsstelle oder bei der Polizei eine Nachprüfung der Preise zu veranlassen.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Bekanntmachung über die staatliche Steuer vom Grundvermögen.

Die staatliche Steuer vom Grundvermögen wird für die Zeit vom 1. November 1923 ab auf Grund der durch Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 22 10 1923 (G S. S. 478) eingetretenen Gesetzesänderung und nach Maßgabe der dazu ergangenen Ausführungsanordnungen nach folgenden Grundsätzen erhoben:

1. Die Steuer beträgt monatlich

a) bei bebauten Grundstücken, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind 0,20 Mk

b) bei allen übrigen Grundstücken 0,25 Mk für je 1000 Mk des für die Veranlagung zur früheren preußischen Ergänzungssteuer für den Veranlagungsabschnitt 1917/19 festgesetzten Wertes.

2. Die nach Ziff 1 berechnete Steuer ist die Steuer in Goldwert.

3. Die Bekanntmachung der monatlichen Steuer in Goldwert erfolgt durch öffentliche Auslegung der Staatssteuerrolle zur Einsicht für die Steuerschuldner Zeit und Ort der Auslegung wird demnächst öffentlich bekanntgegeben.

4 Soweit die Veranlagungsbescheide über die am 1. April 1923 eingeführte staatliche Steuer vom Grundvermögen den Steuerschuldnern noch nicht zugestellt sind, wird in ihnen der monatliche Betrag der neuen Steuer in Goldwert angegeben werden Sind dagegen die Veranlagungsbescheide den Steuerschuldnern bereits zugegangen, so sind letztere in der Lage, den monatlichen Steuerbetrag in Goldwert nach den Angaben des Veranlagungsbescheids selbst zu berechnen

Die Berechnung erfolgt nach folgenden Regeln:

a) Für die vorstehend unter 1 zu a genannten Grundstücke ist in Sp 8 der Tabelle des Veranlagungsbescheids das Einfache des Ergänzungssteuerwerts eingetragen Die monatliche Steuer berechnet sich also zu 0,20 Goldmark für je 1000 Mk dieses Wertes

b) Für die vorstehend unter 1 zu b genannten Grundstücke ist in Sp 9 der Tabelle des Veranlagungbescheids das Achtfache des Ergänzungsteuerwerts eingetragen Diese Wertangabe ist daher erst durch 8 zu teilen; alsdann ist der monatliche Steuersatz von 0,25 Goldmark für 1000 Mark anzuwenden.

Die nach den Regeln zu a und b berechneten monatlichen Steuerbeträge sind nach unten abzurunden, und zwar: bei Beträgen bis zu 10 Mk auf volle Pfennige, bei Beträgen von mehr als 10 Mk. bis zu 100 Mk auf volle 10 Pfennige, bei Beträgen über 100 Mk. auf volle Mark

Beispiel zu a.

Hausgrundstück. Der Wert nach Spalte 8 der Tabelle des Veranlagungsbescheids (einfacher Ergänzungssteuerwert) sei 24 300 Mk

Die monatliche Steuer beträgt

$$\frac{0{,}20 \times 24300 \text{ Mk.}}{1000} = 4{,}86 \text{ Goldmark.}$$

Beispiel zu b

Landgut Der Wert nach Sp 9 der Tabelle des Veranlagungsbescheids (achtfacher Ergänzungssteuerwert) sei 4 328 000 Mk Das Einfache des Ergänzungssteuerwerts beträgt demnach

4 328 000 Mk : 8 = 541 000 Mk.

Die monatliche Steuer beträgt

$$\frac{0{,}25 \times 541\,000 \text{ Mk.}}{1000} = 135{,}25 \text{ Goldmark,}$$

abgerundet auf 135 Goldmark

5. Die Steuer ist am 15. eines jeden Monats fällig. Sie ist in bar oder durch Vermittlung der Post (Postanweisung, Zahlkarte oder Postscheküberweisung) ohne Abzug unaufgefordert an die Kasse derjenigen Gemeinden zu entrichten, in deren Bezirk das steuerpflichtige Grundstück gelegen ist vgl. Sp 2 der Tabelle des Veranlagungsbescheids).

6. Endet die Auslegungsfrist der Staatssteuerrolle (vgl. Ziff 3) nach dem 15 November, so gilt als Fälligkeitstermin der Steuer für November der auf den Ablauf der Auslegungsfrist folgende Werktag.

7. Die Zahlung der Steuer in Goldwert ist in Banknoten, Reichskassenscheinen oder Darlehnskassenscheinen, die auf deutsche Währung lauten, zu leisten unter Anwendung des für den Tag der Zahlung geltenden Goldumrechnungssatzes Die Steuer für den Monat November 1923 ist, wenn sie nach dem 15 November, aber spätestens an dem auf den Ablauf der Auslegungsfrist folgenden Werktage (vgl Ziff 6) entrichtet wird, nach dem Goldumrechnungssatze des 15 November zu zahlen, sofern dieser Satz geringer ist als der des Zahlungstags.

8. Für bebaute Grundstücke nach Ziff 1 a, die ganz oder teilweise vermietet sind, kann die Steuer bis zum fünften Werktage (einschließlich) nach dem Fälligkeitstermin entrichtet werden, und zwar nach dem Goldumrechnungssatze des Fälligkeitstermins, sofern dieser Satz geringer ist, als der des Zahlungstags Für den Monat November 1923 kann die Steuer bis zum sechsten Werktage (einschließl.) nach Ablauf der Auslegungsfrist (vergl Ziff 6) entrichtet werden, und zwar nach dem Goldumrechnungssatz des 15 November, sofern er niedriger ist als der des Zahlungstags

9 Bei Ueberweisung der Steuer durch die Post gilt als Zahlungstag der Tag, an dem die Postanweisung, die Zahlkarte oder die Scheküberweisung bei der Post eingeliefert wird.

10. Als Goldumrechnungssatz gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes ist der Satz maßgebend, der von dem Reichsminister der Finanzen auf Grund des § 2 der Verordnung über Steueraufwertung usw v. 11. Oktober 1923 (RGBl I S 939) jeweils bestimmt wird. Der Goldumrechnungssatz wird durch Aushang bei der Postanstalt und der Gemeindebehörde ständig zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Lüdenscheid, den 22 November 1923.

Der Vorsitzende des Grundsteuerausschusses:
Riemer.

Amts-Sparkasse Halver.

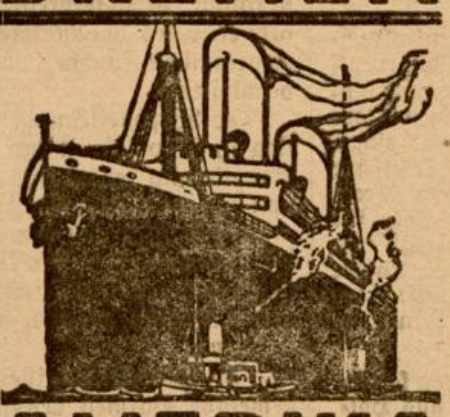
Die Hauptstelle in Halver
ist im Verkehr mit der Kundschaft für die Folge wieder
alltäglich vormittags geöffnet.
Das gleiche gilt für die
Zweigstelle in Schalksmühle
mit Ausnahme Sonnabends an
allen Nachmittagen.
Halver, den 6. Dezember 1923.
Der Sparkassen-Vorstand.

Leder-Schultornister
für Knaben und Mädchen
empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.



Taschenlampen
Batterien
neu eingetroffen.
Wilh. Bell jr., Halver.

BREMEN



AMERIKA
OSTASIEN-AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- u. Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD
+BREMEN+
und seine Vertretungen
in Lüdenscheid: Ferdinand Bochmann, Spedition,
in Essen: Norddeutscher Lloyd, Gen.-Agent. Handelshof.

Sofort greifbar: 1446
Drehstrom-Motore
220/380 V, neu, Kupferw.
mit 1 Jahr Garantie, erstklassige Fabrikate:

1	Ps. Krschl.	1450 T.
2	„ „	1450 T.
3	„ Schlrg	1450 T.
4	„ „	1450 T
5	„ „	1450 T.
7,5	„ „	1450 T.
10	„ „	1450 T.

Preise auf Anfrage!

Anlasser u Spannschienen billigst!
ab Lagerort, ausschließlich Verpackung
Zwischenverkauf vorbehalten.
Friedrich Müller,
Hagen i. Westf.
Telefon 1412. Badstraße 6

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir
Nadelholzbestände
aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen
Nörtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W.
Fernruf 1897 und 3965

KATALOGE
für die
Kleineisenindustrie
werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt.
Stelle aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung
Wilh. Bell jr., Halver.
PREISLISTEN

Auf
sämtliche Kleesaaten
werden **Bestellungen umgehend** entgegengenommen.
Auf Lager vorrättig:
Mehrere Waggon
Ia. gest Knochenmehl
Kali, Kainit,
Ia. Kochsalz
Ferner erhalten in den nächsten Tagen
Ia. Weizenmehl.
Bäuerl. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Kierspe-Bhf.